

sicherung dieser wertvollen Anhängergruppen in den wirklichen Kampf gegen den Kapitalismus und durch ihre Eroberung für den sozialistischen Ausweg aus der kapitalistischen Katastrophe.

Mit demagogischen Aufweisen schaffen die Führer der Sozialdemokratie nicht die Tatsache aus der Welt, daß sie es sind, die die Schuld am Auswachen des Nationalsozialismus in Deutschland tragen und die ihrerseits stets praktisch mitgewirkt haben an der Faschisierung des kapitalistischen Staatsapparates. War anfänglich die Braun-Severing-Regierung das „kleinere Uebel“, ist gegenwärtig die Brüning-Groener-Regierung das „kleinere Uebel“, so wird morgen die Regierung Hitler-Brüning-Severing für die sozialdemokratischen Führer das „kleinere Uebel“ sein, zu dessen Tolerierung sozialdemokratische Führer sich im Interesse der Aufrechterhaltung der kapitalistischen Ausbeuterwirtschaft für verpflichtet halten. Es bedeutet nichts anderes, als diese Befähigung zur Bereitschaft der Tolerierung der Hitlerregierung, wenn Hermann Feilner, einer der „Vulken“ vom Leipziger Parteitag, noch in der „Volksgeltung für die Oberlausitz“ am 25. 11. schreibt:

„Andererseits würde eine Naziregierung auf Unterstützung der Sozialdemokraten rechnen können, wenn sie ersten Willen zeigte, Politik im Interesse der Arbeiter und Werktätigen zu machen, soweit das im Rahmen der Landespolitik möglich ist. . . Deshalb haben auch wir Sozialdemokraten kein Interesse daran, die Nazis unter den in Hessen obwaltenden Umständen vom Regieren fernzuhalten, was ja auch nicht in unserer Macht liegt.“

Das ist das offene Bekenntnis zur Tolerierung Hitlers, zur Tolerierung der heftigen Naziführer, die eben noch die schändlichen Blutpläne gegen die Arbeiter aufgestellt haben.

Nur die Kommunisten führen den Kampf gegen den Mordterror der Nazis und gegen die reaktionären Pläne der Harzburger Front, wie nur sie allein den wirklichen Kampf der Massen gegen das kapitalistische System führen. Volksentscheid in Preußen gegen die Braun-Severing-Regierung als der härtesten Stütze der Brüningdiktatur, Volksentscheid gegen die Naziregierungen in Thüringen und Braunschweig und Volksentscheid in Sachsen gegen Schiedsrichterdiktatur sind Massenaktionen des ganzen wertvollen Volkes gegen jede kapitalistische Regierung und gegen den Faschismus. In diesem Massenkampf gegen die Diktatur der Bourgeoisie und gegen den Rotund Glend im kapitalistischen System wird trotz aller Demagogie sozialdemokratischer Führer die Einheitsfront unter Führung der Kommunisten geschaffen.

Im Zeichen dieser kämpfenden Einheitsfront wird das rote Volksbegehren in Sachsen durchgeführt gegen Kapitalismus und Schiedsrichterdiktatur, gegen Faschismus und Nazimordterror. Darum ergeht heute am Tage des Beginns des roten Volksbegehrens an alle Werktätigen Sachsen der Ruf zur Beschaffung dieser kämpfenden antifaschistischen, antifaschistischen Einheitsfront. Unter dem Zeichen von Sichel und Hammer:

Sheraus zum roten Volksbegehren!

Massenaufmarsch in Dresden

Tausende demonstrieren für das rote Volksbegehren

Gestern fand nach Betriebschluß ein glänzender Aufmarsch der Dresdener revolutionären Arbeiter zur Einleitung der Kampagne für das rote Volksbegehren statt. Aus allen Stadtteilen bewachten sich Züge unter Vorantritt von Musikkapellen nach dem Stadionsquare, wo sich ein etwa 4000 Mann starker Gesamtzug bildete. Rote Transparente, die zur Beteiligung am Volksbegehren aufforderten, wurden von Fackelträgern beleuchtet, so daß ein wirkungsvoller Gesamtzug die Aufmerksamkeit der Passanten erregte. Immer wieder erklangen Rufe: „Heraus zum roten Volksbegehren!“ und fanden lebhaften Widerhall bei den die Straßen umwandelnden Massen. Als am Fischplatz beim Auslösen des Zuges ein Arbeiter einen kurzen Appell an die Demonstranten richtete, ging die Polizei mit dem Gummischnüppel vor. Bis in die späten Abendstunden standen Menschengruppen im Innern der Stadt, und überall wurde die Bedeutung der roten Volksbegehrraktion der KPD für die Mobilisierung der Massen gegen Not und Reaktion eifrig diskutiert.

Streik in allen Ramenzer Textilbetrieben

Verbreiterung der Kampffront auf alle ostsächsischen Textilbetriebe ist das Gebot der Stunde

Gestern nahmen in einer Mitgliederversammlung des Textilarbeiterverbandes die Belegschaften der Textilfirmen Stellung zum geplanten Lohnraub der Textilgewaltigen. Mit 283 gegen 29 Stimmen beschloßen sie, heute, am 2. Dezember in allen Textilbetrieben in den Streik einzutreten. Der Gewerkschaftsdonon Mihbach vom DTA und der Vertreter der christlichen Textilarbeiter verließen die Bewegung abzugeben und sprachen sich gegen den Lohnraub aus. Heute nachmittag nehmen die Erwerbslosen von Ramenzu diesem Streik Stellung und werden solbbarlich die Streikenden unterstützen. In der heutigen Stadtverordnetenversammlung steht ein Dringlichkeitsantrag der KPD-Fraktion, wonach gefordert wird, daß das Stadtparlament den kämpfenden Textilern seine Solidarität ausdrückt und Unterstützungen bewilligt. Den Anstoß zu diesen glänzenden Kampfmaßnahmen gab die Belegschaft der Firma Müller u. Arnold, die bereits am Montag geschlossen in den Streik trat.

Jetzt muß in allen Textilbetrieben Dtschens Stellung genommen werden! Solidarität mit den Kämpfenden heißt hier: Verbreiterung des Streiks auf alle Betriebe gegen das Hungerdiktat der Unternehmer.

SWP-Arbeiter für rotes Volksbegehren!

Uebervältigende Mehrheit gegen die Sabotage! Neue Verleumdungsmanöver der SWP-Führer

Wie die SWZ mitzuteilen gezwungen ist, hat sich die erdrückende Mehrheit der sächsischen Mitgliedschaft der Sozialistischen Arbeiterpartei für die Beteiligung am roten Volksbegehren der KPD ausgesprochen. Damit hat der proletarische Kampfwille der ehrlichen Proletarier in der SWP die Sabotageversuche der SWP-Führer zurückgewiesen.

Dieser Beschluß zeigt deutlich genug, daß der Kampf um das rote Volksbegehren der proletarischen Einheitsfront den Weg bahnen hilft. Gerade deshalb versuchen nun die geschlagenen SWP-Führer durch neue Verleumdungen gegen die KPD diesen einheitlichen Kampfwillen weiter zu sabotieren. In ihrem Kommentar zum Beschluß der sächsischen Mitglieder behaupten sie, die KPD verbiete mit ihren Parolen „parlamentarische Massen“. Es stellt eine Ganzleistung politischer Falschmäherei dar, wenn die Sendebild und Komjoren erklären, die KPD „behalte, daß der Ausgang einer Neuwahl über Brot und Arbeit für das Proletariat entscheide“. Diese

Kampfposten wieder bezogen!

Die „Arbeiterstimme“ nach 3 Wochen Verbot wieder in vorderster Front!

Heute erscheint die Arbeiterstimme, das Sprachrohr der Massenbewegung Arbeiterchaft und der Werttätigen Dtschens, nach dreiwöchigem Verbot das erste Mal. Diese drei Wochen und die Ereignisse, die sie zeitigten, haben vollauf die Wichtigkeit der politischen Linie erwiesen, deren konsequente Vertretung als Organ der KPD uns den Haß aller Feinde des revolutionären Sozialismus, den Haß aller Kapitalistenechte zugezogen hat.

Der faschistische Kurs der Bourgeoisie auf wirtschaftlichem und politischem Gebiet hat eine systematische Verschärfung erfahren. Wir stehen bereits an der Schwelle neuer Notverordnungen, die durch Gehalts- und Lohnabbau, Abbau der Invaliden- und Unfallrenten auf der einen und Willkürnenngehalts- und Entgeltabbau auf der anderen Seite gekennzeichnet sind.

Der Wirtschaftsbeirat, in dem sich Kapitalisten mit christlichen und sozialdemokratischen Gewerkschaftsvertretern einstellten gaben, und der unter dem Protektorat Hindenburgs und Brüning tagte, gab das Signal. Er schuf auch die Plattform für die neue allgemeine Offensive auf die Lebenshaltung der drei Massen, für die der Lohnraub an den ausgemergelten sächsischen Textilproleten nur ein Vorpiel ist.

Im antifaschistischen Massentamp

Gleichzeitig hat der nationalsozialistische Stoßtrupp des Faschismus seinen Provokations- und Terrorfeldzug verschärft. Das Uebergreifen der Braunschweiger und Thüringer Methoden wurde mit dem Mosaer Arbeitermord nur eingeleitet. Am Tage, an dem das Verbot der Arbeiterstimme in Kraft trat, sollten die Enthüllungen über die planmäßigen Bandenüberfälle der Nazis im Dresden-er Gebiet, in Coita, Hellerau, in Eghmannsdorf durch uns erfolgen. Das Verbot unserer Zeitung machte dies zwar unmöglich, aber die Tausende von Werttätigen, die sich zu einheitlichem Abwehrkampf in diesen Tagen zusammenfanden, übernahmen diese Aufgabe und sie haben sie erfüllt.

Die antifaschistischen Massenstreiks in Braunschweig und in Meja waren ein Fanal für die gesamte antifaschistische Bewegung. Einen Monat vorher hat das Zentralkomitee der KPD mit der Lösung des proletarischen Selbstschutzes den Massen den Weg gezeigt. Jetzt greifen diese sie auf, ungeachtet der Parteizugehörigkeit. Diese Lösung wurde zur Tat durch den proletarischen Kampfwillen, der den SWP-Arbeiter, den sozialdemokratischen Jungproleten und den Reichsbannermann zusammenführte mit den kommunistischen und parteilosen Klassen-genossen. Die Einheitsfront ist im Entstehen — diese Einheitsfront von unten, deren Notwendigkeit in theoretischen Auseinandersetzungen durch die kommunistische Partei den Massen eingehämmert — und die jetzt blutvolle Wirklichkeit wird unter dem Dröhnen der antifaschistischen Massenmobilisierung durch die revolutionäre Führung der arbeitenden Massen, die KPD.

Einen ungeheuren Auftrieb erhielt in diesen drei Wochen die proletarische Einheitsfrontbewegung durch die klare und energische Zurückweisung kleinbürgerlicher, individualistischer Terrorstimmungen durch das Zentralkomitee der KPD. Auch hierbei zeigte sich die KPD als Wegweiserin der gesamten arbeitenden Klasse — sie wies den marxistisch-leninistischen Weg der Massenmobilisierung im Kampf um die Lebensfragen der Werttätigen als einzigen Weg, der zur politischen Beizelung vom kapitalistisch-faschistischen Joch führt.

SWP-Demagogie wird entlarvt

So stark war der Widerhall dieses bedeutungsvollen Beschlusses bei den Massen, daß der Gegner kopflos Wandöner um Wandöner vom Stapel ließ zur Abschwächung der begeisterten Anerkennung, die die KPD bei den Massen fand. Man mußte die Verbotswünsche fallen lassen, trotz der eindeutigen und offenen antikomunistischen Offenheit des Herrn Groener, trotz des ungeteilten Bellsalls, den diese Wünsche im Hitlerlager fanden.

Zollkrieg verteuert Brot!

Der Reichspräsident hat gestern eine neue Notverordnung erlassen, wonach die Brüningregierung ermächtigt wird, die bestehenden Zölle abweichend von den geltenden Vorschriften abzuändern und die bestehenden Wirtschaftsabkommen mit anderen Staaten entsprechend aufzuheben. Mit dieser Notverordnung tritt Deutschland in den Zollkrieg zwischen den imperialistischen Staaten ein.

Die großkapitalistische Berliner Börsenzeitung bezeichnet offen die Bestimmungen der neuen Notverordnung als Gegenmaßnahme gegen die Hochzollpolitik der anderen Länder. Gemein ist damit vor allen Dingen England, das seine Zölle um 50 Prozent erhöht hat. Der deutsche Botschafter in London, Neurath, kommt heute nach Berlin, um über die Auswirkungen dieses Zollkrieges zu beraten. Als Vorläufer des großen Lohn-, Gehalts- und Unterstützungsabbaues, die neues Massenelend bringen werden, ist die Zollverordnung erlassen worden. Das Wirtschaftsmärchen von der Preisfestung ist aus.

Die Oberbunzen der Sozialdemokratie, deren Arbeitermerriten Marxismus schändete, die mit der Tolerierungspolitik des „neren Uebels“ dem Faschismus als Schrittmacher dienen und die Kampfkraft der Arbeiterklasse systematisch zu lähmen bestreben, die Herren vom Breitscheid und Wels, am Ende der „heißt Front“ — von oben, vom grünen Tisch, der Zweck die Spitze zu stellen, um dem proletarischen Kampfwillen die SPD-Führer heuchlerische „Einheits“-Phrasen . . . Wästelchen, verboten sie den Arbeitern in den Betrieben die Stempelstellen die wirkliche Formierung der Einheitsfront. Dresdenar SWP-Stadtrat Krichhof unterließ den SWP-Arbeitern der sächsischen Betriebe bereits geplanten gemeinsamen Beramlungen mit KPD- und RSD-Arbeitern zur Bildung von Betriebswehren abzuhalten. Das „Einheitsfront“, die Herr Breitscheid meinte, das war die Einheitsfront, die z. B. in Braunschweig die SPD-Führer gemeinsam mit Nazi-Klasse zusammenführte gegen den Volksentscheid, den die Kommunisten zur Beilegung des Naziregiments eingeleitet hatten. Das war die Einheitsfront, die Herrn Wedel bei der Präsidentschaft im sächsischen Landtag in die Arme des faschistischen Jungdochauptlings Laße hinten ließ, seinen selbst das Jungdo- und Stahlhelm-Kommandos zwingen ließ, den die Einheitsfront, die die sächsischen SWP-Führer mit Apparat der sächsischen Brüningdiktatur dem einmündigen Feldzug gegen das rote Volksbegehren der KPD zur Beilegung des volksfeindlichen Staats und des Schieds-Kabinetts eröffnen läßt. Diese Einheitsfront der SWP-Führer mit den Volksfeinden gegen die proletarischen Massen ist jedoch gestiftet und entlarvt durch die kommunistische Offensive nicht nur im parlamentarischen, sondern vor allen Dingen im außerparlamentarischen Bereich gegen den Faschismus in all seinen Erscheinungsformen. Der Kampf, der durch die Kampagne des roten Volksbegehrens zum Auftrieb erhält, umfaßt nicht nur die antifaschistische Mobilisierung gegen die Hitlerbanden und ihren Terror, er deutet nicht nur Schaffung neuer Einheitsorgane der Betriebswehren, Erwerbslosen- und Häuserblockstafeln, Werksammlungen, Zusammenfassung der Gewerbetreibenden, von Volksbegeleitern und ihre Zusammenfassung in Volksgruppen, die die Massen mobilisieren gegen Faschismus, Not und Reaktion; er bedeutet auch — und das ist das Entscheidende im Kampfe gegen den Faschismus — Kampf in den Betrieben gegen die faschistische Lohnrauboffensive.

Gegen faschistische Lohnrauboffensive!

Der Textilarbeiterkampf in Weisbach, der den denhafte Streik der Baumwollspinnerei in Leipzig war dafür Beispiel. Reformistischer Kongressrat beforgte hier die des Betriebsfaschismus, das aber war seine Niederlage, jetzt eine Lehre für die Arbeiterchaft: Heute tobt bereits ein neuer Kampf — dies mal im ostsächsischen Gebiet, in Ramenz. In diesen Kämpfen um Lohn und Lernen die Arbeiter erkennen, wer für und wer gegen Faschismus das heißt brutale Unternehmerrchaft, ist. Hier aber ist auch die von der vereiterischen Politik der SWP-Führer in der Arme der nationalsozialistischen Demagogen getriebenen Arbeiter erkennen, daß es eine wirkliche marxistische Front gibt die nichts mit dem „Marxismus“ der sozialdemokratischen Postenjäger zu tun hat, die sich aber mit ihren Interessen und die sie in eine Kampflinie führt mit den Massenbewegungen KPD- und SWP-Arbeitern gegen die faschistischen Untermer und ihre Lakaien in der RSDAP und SWP. Und hier erweist sich die KPD in Gemeinschaft mit der RSDAP-Führerin in diesem Kampf.

Welchem Los der Arbeiter, der werttätige Mittelstand der Bauer entgegengehen, wenn das Naziregiment dort die Steigbügelhalter, der SWP-Führer, triumphieren sollte, die heiligen Geheim-Dokumente der Naziregierung: Wer streift, wird erschossen! Wer nicht vor den Nazis gen und Nazigenerten auf dem Bauche kriecht, wird erschossen. Die letzte Kuh aus dem Stalle des Bauern, das letzte Stroh aus dem Laden des Kleinemwerbetreibenden wird den Volkstreuhändlern übergeben — damit das deutsche Großkapital ungehemmt seine Konkurrenzämpfe auf dem Weltmarkt bestehen kann . . . und diesen Weg ebnen bereits heute die Zölle der herrschenden Klasse! Diesem Kurs hat aber auch die SWP-Führerschaft den Weg gebahnt, diesen Kurs zu verfolgen, ist sie selbst bereit, um den Preis der Erhaltung des Staatsprindes und Posten. Vor wenigen Tagen erklärt Tarnow vom ADGB in einer Berliner Mitgliederversammlung: „SWP, man muß sie Hitler zur Macht kommen lassen um ihn zu binden“ — das ist der Höhepunkt des „antifaschistischen Kampfes“, den die SWP-Führer in den vergangenen 3 Wochen erklommen haben. In diesen 3 Wochen hat jedoch die kommunistische Partei bewiesen, daß nicht nur die Perspektive die richtige war, sie hat gleichzeitig gezeigt, daß überall den Massen zur Seite steht und ihrem Willen die Wege weisen Instanzen ist.

Der Vorsitzende der kommunistischen Partei, Ernst Thälmann, ruft im Zusammenhang mit einem klammern Appell unserer Zentralkomitees auf, die Einheitsfront zu schmieden und gelobt für die gesamte kommunistische Partei, an der Spitze der Massen, für ihre eigensten Forderungen zu kämpfen. Es ist der verantwortungsbewusste Führerwille, der aus diesem Kampfruf spricht.

Am 1. Tage der Einzeichnung zum Volksbegehren

beziehen wir wieder unseren Kampfposten. Die Hoffnungen unserer Feinde, uns in diesem Jahre, dem Siebenten unserer Vertretung, zu Boden zu ringen, sind zusammengebrochen. Die enge Verbundenheit der „Arbeiterstimme“ mit dem Kampf der Massen hat uns auch die fünfzehnte Woche Verbot in diesem Jahre überleben lassen.

Eine breite Werreaktion für unsere „Arbeiterstimme“ im Rahmen der Kampagne für die Stärkung unserer Partei durch das rote Volksbegehren, ist die beste Antwort auf die Anschläge unserer Feinde.

Der Kampf um den Sieg des roten Volksbegehrens, der Kampf gegen Faschismus, Not und Reaktion findet uns nicht an der vordersten Front. Und unsere Lösung, unser Gebot lautet mit dem Appell des Führers der kommunistischen Partei:

Unsere ganze Kraft gilt dem einen Ziel, die rote Einheitsfront des Kampfes gegen Not und Reaktion zu schmieden, die Massen zu sammeln und vorwärts zu führen gegen Brüning, Braun, Severing! Gegen Hitler und Eugenbergl! Gegen Räuber, Streikbrecher und faschistische Arbeitermörder! Gegen die Diktatur der Bourgeoisie! Für den Massentamp des Proletariats! Für den Sieg des Sozialismus!